

10

FALSCHER ARGUMENTE

INFO
HEFT
50
CENT

zur Rechtfertigung des Krieges und der Besatzungsherrschaft in Afghanistan

die dazu dienen sollen, einer ablehnenden Bevölkerungsmehrheit den Krieg als notwendig zu verkaufen und massiven Demokratie-Abbau als „Antiterror“-Maßnahme schmackhaft zu machen.

1 Die Bundesregierung und andere Kriegsbefürworter behaupten: **Die Besetzung Afghanistans ist die Antwort auf die Anschläge vom 11. September 2001**

Das ist unzutreffend. Die Attentäter des 11. September brauchten für ihr Vorhaben weder die primitiven Ausbildungscamps in den Bergen Afghanistans noch waren sie Taliban, also Vertreter der damaligen afghanischen Regierung oder ihrer Orga-

ne. Sie waren nachweislich aus Hamburg in die USA eingereist und haben dort auch ihre Pilotenausbildung absolviert. Bereits am Abend des 11. September verkündete die Bush-Regierung, dass ganz sicher Bin Laden dahinterstecken würde,

der sich bei den Taliban in Afghanistan aufhält. Er wäre von denen sogar ausgeliefert worden, hätte die US-Administration nur konkrete Beweise oder wenigstens belastbare Indizien vorgelegt für seine Tatbeteiligung, was diese aber zielstrebig vermied, um ihren Kriegsvorwand nicht zu verlieren. Ein Militärschlag war nämlich längst vorher geplant (wie auch der folgende gegen den Irak) und durfte keinesfalls durch Kompromisse vereitelt werden.

2 Die Bundesregierung und andere Kriegsbefürworter behaupten: **Der Bundeswehreinsatz in Afghanistan dient der Bekämpfung des internationalen Terrorismus**

Das Gegenteil ist der Fall.

Erstens: Besetzung und die Militäroperationen der NATO dienen nicht der Verhinderung, sondern produzieren noch mehr Terrorismus. Die Arroganz der Besatzer, ihre militärischen Kontrollen, rücksichtslosen und brutalen Häuserdurchsuchungen, die Militäroperationen gegen sog. Aufständische, die Bombardements von Dörfern unter Inkaufnahme tausender ziviler Opfer erzeugen in der afghanischen Bevölkerung Empörung, Wut und Hass auf die Truppen der „Ungläubigen“. Gewaltvoller Widerstand gegen die Besatzer ist die logische Konsequenz. Der Krieg der

NATO-Truppen ist Terror, und dieser Terror erzeugt Gegenterror – nicht nur in Afghanistan. Er provoziert unweigerlich auch Terroranschläge in den Interventionsstaaten selbst.

Zweitens: Der von Bin Laden oder einem Al-Qaida-Zentrum aus gesteuerte Terrorismus ist eine Fata Morgana. Selbst US-Geheimdienste gehen von völlig unabhängig voneinander operierenden Gruppen aus. Die Bereitschaft zu Selbstmordattentaten entsteht nicht in afghanischen Ausbildungslagern. Sie entwickelt sich vor allem aus der Verzweiflung und Perspektivlosigkeit in den ausgebeuteten und un-

terdrückten Ländern und aus der Ohnmacht gegenüber einer übermächtigen Militärmaschinerie des Westens, mit der dieser insbesondere die islamischen Länder demütigt und beherrscht. Wer an diesen strukturellen Verhältnissen nichts ändert, wird auch künftig mit Terrorismus konfrontiert sein.

Die indische Literaturpreisträgerin Arundhati Roy sagt: „Terrorismus ist aus der Rippe einer Welt gemacht, die von der US-Außenpolitik verwüstet wurde“. Er ist eine Antwort auf Kolonialismus, Neokolonialismus und Staatsterrorismus, dessen umfassendste Form der Krieg ist.



... UND DIE TATSÄCHLICHEN GRÜNDE

die in der offiziellen Propaganda und öffentlichen Debatte systematisch ausgeblendet werden: Seite 6

3 Die Bundesregierung und andere Kriegsbefürworter behaupten: *Der gewaltsame Sturz der Taliban-Regierung brachte den Frauen die Befreiung*

Dem ist leider nicht so. Die Sicherheitslage ist heute so schlecht, dass viele Frauen sich nicht trauen aus dem Haus zu gehen. Die kanadische Fotografin Lana Šlezic fand 2004/05 die afghanischen Frauen in derselben Situation wie vor 2001: Tägliche Gewalt gegen sie als Normalzustand, Zwangsehen, Ehrenmorde. Ihre Erwartung, dass Frauen sich inzwischen öffentlich ohne Burka zeigen könnten und die Mädchen zur Schule gingen, zeigte sich generell nicht erfüllt (Spiegel Nr.17/ 21.04.08).

Nach wie vor sitzen Frauen in Gefängnissen, verurteilt nach der Sharia, dem islamischen Glaubensrecht. Indirekt bestätigt das auch die deutsche Entwicklungshilfe-Ministerin Heidemarie Wiecek-Zeul, indem sie die umfangreichen Bemühungen

ihres „Rechts-Hilfe- und -Beistands-Programms“ in gar so zahlreichen Fällen über

den grünen Klee lobt. Dass diese überhaupt notwendig sind, ist ein Indiz für die weiterhin rechtlose Lage der Frauen, aber keine Begründung für andauernde Bundeswehrpräsenz, unter deren Aufsicht die traditionelle patriarchale Justizpraxis unbeeinträchtigt gedeiht.



4 Die Bundesregierung und andere Kriegsbefürworter behaupten: *Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt, wie der ehemalige SPD-Kriegsminister Peter Struck meinte*

Deutschland wurde von Afghanistan weder angegriffen noch militärisch bedroht. Auch die zum Feind erklärten Taliban sind in keiner Weise irgendeine Bedrohung für die BRD, nicht für die staatlichen Strukturen, nicht für die Wirtschaft, nicht für die Demokratie oder für „unsere Lebensweise“ (letztere erledigt der hiesige

Überwachungsstaat schon selbst). Das gilt ebenso auch für die USA oder andere NATO-Staaten. Der Afghanistankrieg hat mit Landesverteidigung nicht das geringste zu tun. Er ist eine völkerrechtswidrige Aggression, nach Art. 26 des Grundgesetzes verboten und strafbar. Es gibt auch keinerlei Beistandsverpflichtung auf der

Grundlage von Art. 5 des NATO-Vertrages, denn: Die Attentate vom 11. September waren keine Militäraktionen irgendeines Feindstaates, schon gar nicht vonseiten Afghanistans. Die Behauptung genügte.

Nur gut, dass die Taliban bisher noch nicht auf die Idee kamen, diese abstruse Glaubens-Satzkonstruktion umzudrehen und „Afghanistan auch im Karwendelgebirge verteidigen“ zu wollen. Bisher begnügten sie sich damit, „zu Hause“ die Gefängnisse zu stürmen und die Besatzer in Afghanistan zu bekämpfen.



5 Die Bundesregierung und andere Kriegsbefürworter behaupten: *Ohne NATO-Militärpräsenz könnten zivile Hilfsorganisationen (NGOs) nicht sicher arbeiten*

Gerade die Hilfsorganisationen bestreiten das. Die meisten in Afghanistan tätigen Hilfsorganisationen wie „Caritas International“, das „Rote Kreuz“, „medico international“ oder die „Kinderhilfe Afghanistans“ sagen seit langem, dass sie ihre Arbeit nur unter strikter Neutralität erfolgreich durchführen können, dass die ausländischen Truppen die Projekte und ihre Mitarbeiter eher gefährden als schützen. Die Hilfsorganisation „Ärzte ohne Gren-

zen“ sah sich inzwischen gezwungen, ihre Arbeit einzustellen: „Koalitionsstreitkräfte missbrauchen die Hilfe ständig für ihre militärischen und politischen Ziele und versuchen damit, hearts and minds der afghanischen Bevölkerung zu gewinnen. Dadurch wird humanitäre Hilfe nicht mehr als unparteilich und neutral angesehen. Dies wiederum gefährdet die Helfer und die Hilfe selbst.“ Nichtregierungsorganisationen sind keine Hilfstruppen.

6 Die Bundesregierung und andere Kriegsbefürworter behaupten: **Die Bundeswehr ermöglicht den Wiederaufbau des jahrzehntlang geschundenen Landes**

Wiederaufbau und soziale Entwicklung sind nicht gerade Kernkompetenzen des Militärs und auch nicht der eigentliche Ziel des Bundeswehreinsetzes. Schon das Verhältnis von Kriegsausgaben zu zivilen Programmen ist entlarvend: 85 Milliarden wurden von 2002 bis 2006 für den Militäreinsatz der NATO ausgegeben, für den Wiederaufbau dagegen nur 7,5 Milliarden Dollar. Und von dem zivilen Zehntel wandert das Meiste in die Taschen korrupter Regierungsmitglieder und ihrer Verwandten, Sicherheitsspezialisten und Privatisierungsgewinnler.

So werden monatlich Bestechungsgelder an einen Kommandeur namens Nasir Mohammed in Badakhshan bezahlt, einer Provinz, in der die Deutschen stationiert sind, wie Präsident Karzai in einem Spiegel-Interview (Nr. 23, 02.06.2008) beklagt: „Wir wollten einen wirklich schlimmen Warlord verhaften, konnten dies aber nicht tun, weil er von einem bestimmten Land geschützt wird. Wir fanden heraus, dass sie ihm monatlich 30.000 Dollar bezahlen, um sich mit ihm gut zu stellen. Sie nutzen seine Soldaten sogar als Wachen ...“ Er „will das Land nicht nennen, weil es ein enger Freund und Verbündeter ist.“ Der Mann hat Manieren. – Sein Bruder Mahmoud hat dafür den Vorstands-

vorsitz der Zementwerke in Pul-i-Khumri im Nordosten, während im Süden des Landes noch zwei weitere Karzai-Brüder als mächtige Politiker unterwegs sind: Qayyum und Ahmed. Ohne die Karzais fällt dort keine Entscheidung, sagen viele.

Präsident Karzai indes hat eine eigenwillige Haltung zur Korruption: „Auch Mitglieder der internationalen Gemeinschaft sind verbunden mit korrupten Elementen und nutzen diese Quelle. Ich erzähle Ihnen noch einen Fall: Einer unserer Alliierten belohnte einen Kommandeur mit Land und Geld für seine Loyalität. Soll ich ihn vor Gericht stellen? Soll ich Herrn Jalali (früherer Innenminister Karzais, verwickelt in Korruptionsaffäre um Bauland in Kabul) vor Gericht stellen?“

Die Bundeswehr erkaufte die relative Ruhe im Norden durch regelmäßige Zahlungen an die in den Staatsapparat integrierten Drogenbarone und Warlords. Sie werden in ihren Geschäften nicht gestört.

Die Lebensverhältnisse der großen Mehrheit der Bevölkerung haben sich dagegen seit dem NATO-Einmarsch nicht verbessert. 90 Prozent aller Waren werden importiert und sind für die in krasser Armut lebenden Menschen unerschwinglich. Nach dem neuesten von der UNO veröf-

fentlichten Armuts-Index ist Afghanistan in den letzten Jahren noch weiter zurückgefallen und rangiert heute auf Platz 174 von insgesamt 178 Staaten. Die Lebenserwartung liegt gerade mal bei etwas über 40 Jahren. Täglich sterben 700 Kinder und 50 bis 70 Frauen aufgrund von Unterernährung und mangelnder Gesundheitsversorgung, berichtet Malalai Joya. Nur ein Viertel der afghanischen Bevölkerung hat Zugang zu sauberem Trinkwasser, nur 10 Prozent verfügen über elektrischen Strom, und selbst in Kabul funktioniert die Stromversorgung nur drei bis vier Stunden am Tag. In den städtischen Regionen können nur 30 Prozent lesen und schreiben, in einigen ländlichen Gegenden nur 1 Prozent der Bevölkerung.

Der einzig florierende Wirtschaftszweig ist der Mohnanbau, der für die Bauern um ein vielfaches lukrativer ist als Weizenanbau. So funktioniert die von den Besatzern gepriesene und in alle Welt exportierte freie Marktwirtschaft. Nach Angaben der UN-Anti-Drogenbehörde hatte die Opium-Produktion in Afghanistan bei 200 Tonnen gelegen. Sie stieg auf 6200 Tonnen im Jahr 2006, und Jahr 2007 auf 8200 Tonnen. Dies entspricht ca. 93 % der Weltproduktion. (Quelle: focus.de/politik)

Malalai Joya

ist die jüngste Abgeordnete des afghanischen Parlaments. Sie kämpft für die Rechte der unterdrückten Frauen und gegen die Macht der Islamisten und Warlords. Im Mai 2007 wurde sie für drei Jahre aus dem Parlament ausgeschlossen. Die Regierung schränkte ihre Bewegungsfreiheit ein, sie darf das Land nicht verlassen. Sie kommuniziert per Internet:

„Die westlichen Medien sprechen von Demokratie und Befreiung Afghanistans. Doch die USA und ihre Verbündeten sind damit beschäftigt, unser verwundetes Land in ein Land der Kriegsherren, der Verbrecher und der Drogenbarone zu verwandeln. Jetzt sind die Führer der Nordallianz die entscheidenden Machthaber, und unser Volk ist eine Geisel in den Händen dieser rücksichtslosen Killerbande. Viele von ihnen sind verantwortlich für das Abschlachten von Zehntausenden in vergangenen Jahrzehnten. Trotzdem nehmen sie wichtige Regierungsämter ein.“



Millionen von Hilfsgeldern werden für die Regierung und die mit Aufträgen versorgten Auslandsfirmen ausgegeben: Für ihre Villen in Kabul, ihre Versorgung mit Importwaren, für private Sicherheitsdienste, Bodyguards und gepanzerte Limousinen.



7 Die Bundesregierung und andere Kriegsbefürworter behaupten: *Der ISAF-Einsatz der Bundeswehr unterscheidet sich grundlegend von der US-geführten „Operation Enduring Freedom“ (OEF) und habe damit quasi nichts zu tun*

Am Anfang der Intervention stand der brutale, völkerrechtswidrige und von der NATO selbstmandatierte Einmarsch der US-geführten Streitkräfte.

Der Vormarsch auf Kabul ging mit grausamen Militäraktionen einher wie zum Beispiel der Tötung von ca. 3000 gefangenen Taliban-Kämpfern, welche von den Warlords der sog. Nordallianz unter den Augen eskortierender US-Streitkräfte in Container-Lastwagen gesperrt „ins Gefängnis“ transportiert wurden, wo sie nie lebend ankamen, da sie vorsätzlich dem Verhungern, Verdursten und Ersticken ausgesetzt waren.

„Enduring Freedom (Andauernde Freiheit)“ nennen USA und NATO die völkerrechtswidrige Kriegsführung in Afghanistan. Der offizielle Auftrag der OEF lautet „Terroristen zu bekämpfen und gefangen zu nehmen, ihre Führungs- und Ausbildungseinrichtungen auszuschalten sowie Dritte dauerhaft von der Unterstützung terroristischer Aktivitäten abzuhalten“.

Die USA stellen den Hauptanteil dieser OEF-Truppen, doch ist von Anfang an auch die Bundeswehr mit ihrer Elitekampfruppe „Kommando Spezialkräfte“ (KSK) an OEF-Einsätzen in Afghanistan beteiligt.

Offiziell unabhängig von OEF kommandiert die NATO seit 2002 auch die so genannte „Stabilisierungs- und Aufbaumission“, den ISAF-Einsatz.

OEF- und ISAF-Militärkommandos sind jedoch eng miteinander verzahnt. So ist der Kommandeur der OEF-Truppen in Afghanistan gleichzeitig auch Chef des Regionalkommandos Ost der ISAF-Truppen. Die unter ISAF-Mandat eingesetzten Tornados liefern die Zieldaten für den OEF-Luft- u. Bodenkrieg. Der richtet sich heute vorwiegend gegen die „Aufständischen“, – ein Krieg unter Inkaufnahme entsprechender

„Kollateralschäden“, der Bombardierung von immer mehr Zivilpersonen.

„76 Zivilisten bei US-Angriff getötet“, meldete AFP am 22. August 2008: Nach Angaben des afghanischen Innenministeriums kamen durch den Angriff in Herat (West-Afghanistan) vor allem Frauen und Kinder ums Leben. Schon vorher gab es ähnliche Meldungen, z.B. über die Tötung von 14 Straßenbauarbeitern in ihrem Camp (SZ, 29.11.2007) oder ganzen Hochzeitsgesellschaften wie in der ostafghanischen Provinz Nangahar: Dort wurden 47 Menschen getötet, darunter 39 Frauen und Kinder (SZ, 17.07.2008). Deren Hinterbliebenen werden nicht so feinsinnig wie manche Bundestagsabgeordnete unterscheiden, welche Aufnäher die Terrorflieger an ihren Uniformen trugen oder welche Kennungszeichen ihre Flugzeugleitwerke.



8 Die Bundesregierung und andere Kriegsbefürworter behaupten: **Die Bundeswehr sorgt für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Afghanistan**

Die Bundeswehr schützt zusammen mit andern Besatzungstruppen eine von der US-Regierung ins Amt gesetzte Marionettenregierung, die sich auf autokratische Warlords übelster Sorte stützt, auf Waffenschmuggler, auf Drogenbarone, auf die reaktionärsten Kräfte im Land, die an so was wie demokratischer Entwicklung keinerlei Interesse haben. Mit einem angeblichen Demokratisierungsprojekt hat das nichts zu tun, mit traditioneller Despotie und mafiösen Clan-Strukturen umso mehr.

Weil sie mit den Besatzern kooperieren, werden sie nicht angetastet und können auf Kosten der Bevölkerung ihre profitablen Geschäfte betreiben. Nach wie vor herrscht Besatzungs- und Kriegsrecht.

Kein Wunder, wenn muslimische Afghanen ihren Argwohn gegen die westliche Moderne und alle damit verbundenen Vorurteile bestätigt sehen. Für sie stellt sich westliche Demokratie als Gesetzlosigkeit, Unmoral, Plünderung, Mord, Korruption und Dekadenz dar.

Die Bundesregierung sorgt sich angeblich um die Rechtsstaatlichkeit am Hindukusch. Doch zuhause duldet sie jahrelang CIA-Flüge mit Entführungsoptionen der US-Militars. Frank-Walter Steinmeier (SPD) lehnte als „herzloser Technokrat“ (SZ) im Kanzleramt zusammen mit dem Bundesinnenministerium das Angebot der US-Administration ab, Murat Kurnaz aus Guantanamo heim zu schicken, sodass sich dessen Aufenthalt im Foltergefängnis über viereinhalb Jahre hinstreckte. In der Bundesrepublik werden die absurdesten Gesetzes-Entwürfe zur Beseitigung demokratischer Grundrechte ernsthaft diskutiert und sogar verabschiedet, bis sie das Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig kassiert wie z.B. Innenminister Schäubles „Luftsicherheitsgesetz“.

Wie sieht es dann mit der Rechtsstaatlichkeit in der deutschen Besatzungszone Afghanistans aus? Dort gilt nach wie vor eine Rechtsordnung, in der streng nach der Scharia die Todesstrafe festgeschrieben ist, und auch vollstreckt wird. Präsi-

dent Karzai hat sie in bisher 15 Fällen bestätigt. Staatsanwältin Shafiqqa Akbar hat sie gerade erst wieder beantragt gegen einen jungen Mann, der von seinem angeblich garantierten Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch gemacht hatte, indem er eine Internetseite mit religionskritischem Inhalt ausdrückte: „Artikel 130 der Verfassung legt fest, dass bei Taten,

Karzai's Regierungspersonal

Karim Khalili ist stellvertretender Präsident und Chef einer proiranischen Partei namens Wahdat, verantwortlich für die Tötung von Tausenden unschuldiger Menschen, von Human Right Watch als Kriegsverbrecher bezeichnet.

Ismael Khan, ein ehemaliger Killer-Warlord, ist Minister für Wasser und Energie.

Izzatullah Wasifi, verurteilter Drogenhändler, der 4 Jahre im Staatsgefängnis von Nevada (USA) gesessen hat, ist Afghanistans Antikorruptionsschef.

General Mohammed Daoud, ehem. Kriegsherr und bekannter Drogenhändler, ist stellvertretender Innenminister, zuständig für Drogenbekämpfung.

Rashid Dostum, ein kaltblütiger Mörder und War Lord, den Human Right Watch als Kriegsverbrecher bezeichnet, ist Stabschef der afghanischen Armee.

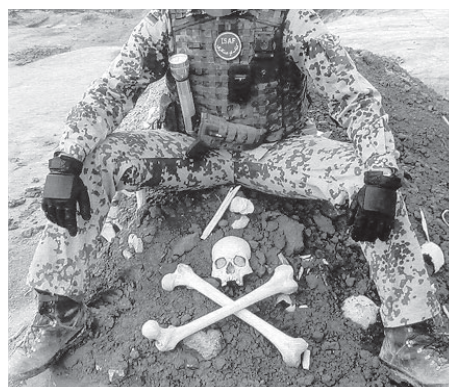
Qasim Fahim, vormals Verteidigungsminister und heute Senator und Berater von Herrn Karzai, ist der mächtigste Kriegsherr der Nordallianz und wird beschuldigt, Kriegsverbrechen begangen zu haben.

die nicht im Strafgesetzbuch geregelt sind, die Scharia angewendet werden kann. Also habe ich beantragt, die Scharia anzuwenden“. (Spiegel Nr. 21, 19.05. 2008, S. 72) Masar-i-Scharif mit seiner blauen Moschee, wo solcherart Recht gesprochen wird, gehört zur deutschen Besatzungszone im Norden Afghanistans. Unter Taliban-Herrschaft wäre dieser Fall kaum anders verhandelt worden. Doch ist nicht nur die „inner-afghanische“ Zivilgerichtsbarkeit gnadenlos, sondern mehr noch die militärische, wo man sich Gerichte gleich ganz spart.

Die aktuelle Strategie zur Feindbekämpfung lautet, Mitläufer zu kaufen, um sie zumindest zeitweise für die eigene Seite zu gewinnen – und die Hardliner zu töten (Spiegel Nr. 21, 19.05.2008, S.46), in Bundeswehr-Sprech: Targeting. Capture-or-kill-Missionen sind derzeit praktiziertes Kriegsrecht in Afghanistan: Überfallartiges „Ausschalten“ der „Zielperson“, ohne Gefangennahme, Verhör, Gerichtsverhandlung. Bereits 150 feindliche Kommandeure wurden so inzwischen „neutralisiert“, also gefangen oder getötet. Die Bundeswehrführung erklärte zwar gegenüber dem NATO-Kommando in einer „klärenden Anmerkung“ (Spiegel Nr. 21, 19.05. 08), sich an eindeutig völkerrechtswidrigen Kampfhandlungen nicht beteiligen zu wollen, in der Praxis tut sie es aber.

Der ehem. Fallschirmjäger Achim Wohlgethan berichtet in seinem Buch „Endstation Kabul“ (Berlin 2008, S.78): „Ich wurde nun Augenzeuge, wie ISAF-Soldaten sehr unkonventionell testeten, ob das Gelände an dieser Stelle vermint war – und zwar mit Äpfeln! Dazu winkten die Soldaten die vielen Kinder heran, die auf dem Schießplatz leere Messinghülsen sammelten, weil diese bares Geld wert waren. Dann griffen die Soldaten hinter sich in eine Kiste mit Äpfeln, hielten sie den Kindern vor die Nase und schmissen sie ins Gelände. Dann warteten sie ab, was passierte. Wenn die Kinder losliefen und es keinen Knall gab, wurde dieses Feld als geklärt u. unvermint betrachtet.“

Einzelfälle? – Halbe Kompanien der Bundeswehr erwiesen sich als vom Krieg verroht, waren „überspannt“, wie man ihnen entschuldigend „zugute“ hielt im hiesigen Blätterwald. In Leichenschänderpose inszenierten sie sich für martialische Fotos als skrupellose „Totenkopf-Truppe“.



9 Die Bundesregierung und andere Kriegsbefürworter behaupten: **Unter dem Schutz der Bundeswehr werden Polizisten ausgebildet, wird die Sicherheit Afghanistans gestärkt**

Erstens werden Polizisten ausgebildet, die zweitens nach der Ausbildung scharenweise mitsamt ihrer neuen Ausrüstung und fliegenden Fahnen zu den Warlords überlaufen, weil diese deutlich besser bezahlen, wo sie dann drittens den Mohnanbau und krumme Waffengeschäfte bei der „Nordallianz“ garantieren. Damit dienen sie höchstens den Regionalfürsten als personeller Zuwachs, der jedoch für die Zentralregierung genau das Gegenteil von „Sicherheit“ bedeutet. Hamid Karzai „weiß

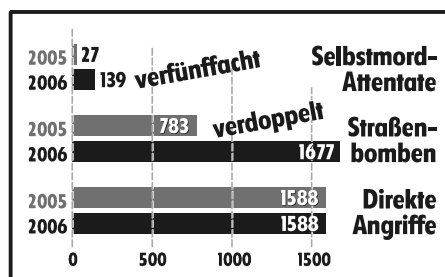
natürlich um die Probleme in der Polizei“ und wünschte sich daher eher einen Ausgleich mit steinigenden und auspeitschenden Koranschülern als mit den waffenstarrten Mudjahedin-Führern: „Ich wünschte, die Taliban wären meine Soldaten. Ich wünschte, sie würden mir dienen und nicht Leuten in Pakistan oder anderen. Als wir nach Afghanistan zurückkamen, brachte die internationale Gemeinschaft auch all jene zurück, die sich von den Taliban abgewendet hatten und

die dann Partner der ausländischen Alliierten wurden und von ihnen bis heute für ihre Unterstützung bezahlt werden.“ (Spiegel Nr. 23, 02.06.) „Diese schmutzigen Deals sind absolut notwendig, weil wir nicht die Macht haben, die Probleme anders zu lösen.“ Das Polizeiausbildungsprogramm, mit dem die dt. Bundesregierung so gern hausieren geht, bringt also ihren abhängigen Schützling zunehmend in die Klemme und stärkt im Ergebnis die organisierte Kriminalität in Afghanistan – mit frisch ausgebildeten Nachwuchspolizisten quasi frei Haus zur Bewachung des örtlichen Drogen- u. Waffenhandels. Die Ausbildung soll ausgeweitet werden.

10 Bundesregierung und andere Kriegsbefürworter behaupten: **Nach einem Abzug der Bundeswehr würde Afghanistan in Gewalt und Chaos versinken**

Unter Gewalt und Terror leidet die Bevölkerung Afghanistans bereits heute. Nach vorsichtigen Schätzungen wurden in den letzten 7 Jahren mindestens 50.000 Menschen getötet, noch in den ersten 3 Kriegsmonaten 20.000. In den letzten Jahren steigt die Opferzahl wieder an: Im Jahr 2006 waren es 4000 Menschen, von Januar bis Oktober 2007 allein 5000. Von den ausländischen SoldatInnen kamen im Jahr 2007 zweihundert ums Leben.

Es sind die Interventionstruppen, die diese Toten zu verantworten haben. Gleichzeitig produzieren sie mit ihren Militärangriffen, Bombardierungen, entwürdigenden Häuserdurchsuchungen und durch ihre Kollaboration mit Kriegsverbrechern bei der Bevölkerung Hass, Widerstand und eine Spirale gewaltsamer Auseinandersetzungen. Niemand weiß, was nach einem sofortigen bedingungslosen Truppenabzug in Afghanistan passieren wird.



Aber eines lässt sich ziemlich sicher sagen, nämlich wie es weitergehen wird, wenn die Interventionstruppen bleiben, und dass es mit einer weiteren militärischen Besatzung ganz gewiss keinen Frieden geben wird, dass ziviler Wiederaufbau und eine demokratische Entwicklung unter Militärherrschaft keinerlei Chance haben.

Die tatsächlichen Gründe und die Kriegsinteressen der NATO-Mächte

Die Regierung und andere Befürworter des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan bemühen sich die tatsächlichen Gründe und Kriegsinteressen aus der öffentlichen Debatte heraushalten, denn sie müssen zu Recht befürchten, dass die ablehnende Haltung zu den Kriegseinsätzen in der Bevölkerung noch größer wird als das heute schon der Fall ist.

Hinter den Nebelkerzen von „Demokratisierung“, von „Frauenbefreiung“ und „Wiederaufbau“ in Afghanistan versuchen sie das zu verbergen, um was es den Interventionsmächten tatsächlich geht:

- um die Eroberung und militärische Absicherung wirtschaftlicher Einflusszonen
- um den Zugriff auf die Öl- und Gasressourcen in Zentralasien,
- um weltweite Rohstoffkontrolle und um die Einrichtung von Militärbasen an einem geostrategisch entscheidenden Ort – zwischen China, Russland, Indien und dem Iran.

Nur selten wird das so offen ausgesprochen wie in der Zeitung „Die Welt“ vom 15.05.2006 unter der Überschrift: „Deutsche Interessen“: „Die Feststellung, die Bun-

desregierung werde zur Wahrung ihrer Interessen auch militärische Mittel einsetzen, ist nur konsequent. Und mit der Formulierung, dass sich die Regierung besonders jenen Regionen zuwenden werde, in denen Rohstoffe und Energieträger gefördert werden, begibt sich Deutschland endlich auf gleiche Augenhöhe mit anderen Ländern, in denen dieses Verhalten eine Selbstverständlichkeit ist.“

Wenig später plädierte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ dafür, der deutschen Öffentlichkeit reinen Wein einzuschenken: „Humanitäre Erwägungen“ seien nicht der



Grund für die Auslandseinsätze der Bundeswehr. „Im Kern geht es um etwas Grundlegenderes: Deutschland leistet seinen Beitrag zur Aufrechterhaltung der herrschenden Weltordnung, von der es profitiert wie wenig andere Länder.“ (FAZ 13. August 2006)

Der Anspruch auf die Energieressourcen ist seit langem fester Bestandteil der Militärstrategien der USA, Deutschlands und der Europäischen Union.

In der „Nationalen Sicherheitsstrategie“ der US-Regierung von 2002 steht völlig ungeschminkt: „Zugang zum Öl des Persischen Golfes ist für die nationale Sicherheit der USA von entscheidender Bedeutung. Falls erforderlich werden wir diese Interessen auch mit militärischer Gewalt verteidigen.“

Auch in der Bundesrepublik wird Ressourcensicherung als militärische Aufgabe angesehen. Bereits die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ von 1992 erklär-

ten die „Aufrechterhaltung des freien Welt Handels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen“ zum Einsatzauftrag für die Bundeswehr. Das aktuelle Bundeswehr-Weißbuch zählt die Sicherung der Energieversorgung zu den „elementaren Interessen“ Deutschlands. Denn Deutschland sei „in hohem Maße von einer gesicherten Rohstoffzufuhr und sicheren Transportwegen in globalem Maßstab abhängig“. Deshalb sei eine sichere Energieversorgung „von strategischer Bedeutung für die Zukunft Deutschlands und Europas.“

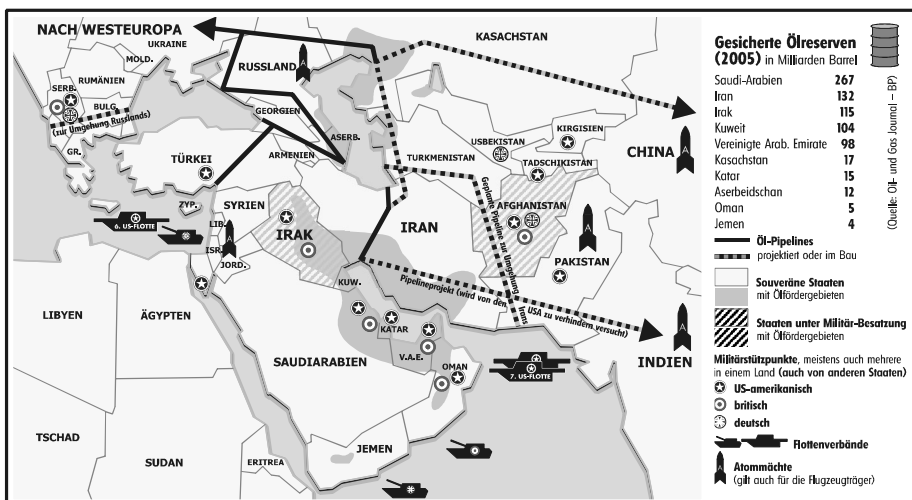
Afghanistan verfügt zwar selbst über keine nennenswerten Energie-Ressourcen, aber: Beim Transport von Öl und Gas aus den kaspischen Staaten und dem Iran nach Pakistan, Indien, China und zum Arabischen Meer spielt Afghanistan als Durchgangsland ebenso eine entscheidende Rolle wie für die allgemeine Kontrolle Zentralasiens. Die Besetzung Af-

ghanistans ist auch ein militärstrategischer Vorteil gegen den Iran, der noch unter westliche Kontrolle gebracht werden soll. Der Iran ist jetzt von den US-Militärprovinzen Irak und Afghanistan quasi eingeklammert.

Die im kaspischen Raum, nördlich von Afghanistan gelegenen Republiken Kasachstan, Aserbaidschan, Turkmenistan und Usbekistan verfügen über gigantische Erdöl- und Erdgasvorräte.

Das interessiert auch die Bundesregierung. Vor der Willy-Brandt-Stiftung im März 2008 wertete Außenminister Frank-Walter Steinmeier die Anwesenheit deutscher Truppen im Herzen Zentralasiens so: „Das macht uns zu einem Spieler in einer Region, die nicht nur als Energie- und Transportkorridor heftig umworben wird, sondern die auch eine wichtige Brückenfunktion hat: In den Nahen und Mittleren Osten oder hin zum Kaspischen Meer.“

Stuart Eizenstat, Staatssekretär in der Clinton-Administration, wies schon vor zehn Jahren im US-Kongress darauf hin, dass „das Kaspische Meer potentiell eine der wichtigsten neuen energieproduzierenden Regionen der Welt“ sein würde. Die Bemühungen US-amerikanischer Ölgesellschaften um eine Öl- und Gaspipeline, die von Turkmenistan über Afghanistan und Pakistan zum Indischen Ozean führen und das Transportmonopol Russlands brechen sollte, gehen daher bereits auf die Zeit der Mudjahedin und der Talibanherrschaft zurück. 1995 unterzeichnete der US-amerikanische Ölkon-



zern UNOCAC mit den heute als Terroristen bekämpften Taliban einen Vertrag für den Pipelinebau. Diesen war vonseiten der US-Regierung die Aufgabe zugedacht, Ordnung und Stabilität herzustellen. 1998 platzte der Deal.

Nicht umsonst haben die USA deshalb den langjährigen Top-Berater von UNOCAL, den Herren mit den guten Manieren und engsten Beziehungen zur CIA, Hamid Karzai zum Regierungschef Afghanistans erkoren. Er ist für die Interessen des Westens eine geradezu ideale Besetzung.

Karzai präsentiert das fünftärmste Land der Welt als Dorado der Marktwirtschaft.

Die Homepage des Auswärtigen Amtes nennt als „Schwerpunkt“ für die Zusammenarbeit Deutschlands mit der afghanischen Regierung „die Entwicklung der Privatwirtschaft und marktwirtschaftlicher Strukturen“. Ministerpräsident Karzai hat per Dekret dafür bereits die Voraussetzungen geschaffen: Danach sollen von den 65 staatlichen Unternehmen 37 privatisiert und 19 ganz geschlossen werden. 24.000 Beschäftigte verlieren somit ihre Erwerbsquelle. Schon heute liegt die Arbeitslosenquote bei über 40 Prozent.

Unter maßgeblicher Beteiligung der Bundesregierung hat die afghanische Regierung ein „Investitionsschutzabkommen“ in Kraft gesetzt, das für 100 %-igen Firmenbesitz von Ausländern Schutz vor Enteignung, Steuerbefreiung in den ersten acht Jahren, Zollreduzierung sowie 100-prozentigen Gewinntransfer ins Ausland vorsieht. Die Bundesagentur für Außenwirtschaft zeigt sich mit dem neoliberalen Kurs Karzais, mit dem er die Wirtschaft Afghanistans den Kapitalinteressen des Westens unterordnet, höchst zufrieden und erklärt: „Afghanistan kann als eine der offensten Volkswirtschaften überhaupt, auf jeden Fall aber als die offenste



Volkswirtschaft der Region bezeichnet werden. Handelsbeschränkungen und Subventionen sind praktisch nicht existent, und die afghanische Regierung zeigt sich sehr aufgeschlossen für Investitionen im Land.“

Auch das von der US-Regierung und ihren Ölkonzernen geplante Pipelineprojekt ist unter der neuen afghanischen Marionettenregierung ein großes Stück voran gekommen. Am 27. September '03 konnte endlich der lang ersehnte Vertrag zum Bau einer Öl- und Gaspipeline zum Indischen Ozean zwischen den Regierungen Turkmenistans, Afghanistans und Pakistans unterzeichnet werden. Wenn das Projekt bis heute nicht realisiert werden konnte, dann deshalb, weil die Pipeline-Trasse Gebiete durchqueren soll, die nicht von den NATO-Truppen, sondern von den Taliban kontrolliert werden.

Der so genannte „War on Terror“ ist in Wirklichkeit ein Ressourcenkrieg der imperialistischen NATO-Staaten und eine Schlacht um die weltweite Vorherrschaft.

Führende Militärstrategen wie Zbigniew Brzezinski (derzeit Berater von Barak Obama) bezeichnen Eurasien als „Schachbrett, auf dem der Kampf um die globale Vorherrschaft ausgetragen wird“. Weil dieser Kontinent „drei Viertel der weltweit bekannten Energievorkommen beherbergt“,

weil „eine Dominanz auf dem gesamten eurasischen Kontinent die Voraussetzung für globale Vorherrschaft ist“ und weil „Amerikas Herausforderer auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet ausnahmslos eurasische Staaten sind“. Deshalb, so Brzezinski, müssten die USA „das Emporkommen eines Rivalen um die Macht vereiteln“.

In diesem Machtpoker um die „Neuvermessung der Welt“ wollen die herrschenden Kräfte Deutschlands und der EU mitspielen und weichen deshalb der westlichen Führungsmacht nicht von der Seite.

Die Profiteure dieses Krieges sind eine Handvoll Ölmultis, die Rohstoffspekulantinnen und Rüstungskonzerne. Für die amerikanischen und europäischen Waffenhersteller ist jeder Tag Krieg schon heute ein Riesengeschäft. Selbst ein militärisches Desaster hätte sich für sie allemal gelohnt.

Den Preis für den andauernden Krieg zahlen in erster Linie die Menschen, die das Pech haben, in jenen Regionen zu leben, in denen die Ressourcen liegen, die einige Großmächte für sich beanspruchen. Wir selbst sollen geduckt vor Terrorangst zittern und teuer dafür bezahlen – nicht nur an der Tankstelle, sondern noch weit mehr mit massivem Sozialabbau, allgemeiner Militarisierung und Demokratieverlust. Vorausgesetzt, wir lassen es zu.



Frontransparent beim Ostermarsch 2007 in München

**MÜNCHNER
BÜNDNIS
GEGEN KRIEG
& RASSISMUS**

Wenn Sie unsere Arbeit – z.B. Informationen wie diese – unterstützen wollen, spenden Sie großzügig:

Martin Löwenberg, Kto.Nr.: **28 26 48 02**
Postbank München BLZ: **700 100 80**

Wir treffen uns jeden Dienstag um 19³⁰ Uhr im EineWeltHaus, Schwanthalerstraße 80, U-Bf. Theresienwiese
Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Claus Schreer, Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München, Eigendruck im Selbstverlag, Gestaltung: Wob